

Coronavirus kostet viele Jobs in der Live-Kommunikationsbranche

von **Michael Reidel**

Donnerstag, 19. März 2020



Das Coronavirus kostet viele Jobs in der Livekommunikationsbranche - wenn es keine Finanzhilfen gibt

In der Schweiz trifft Covid-19 die Live_Kommunikationsbranche besonders hart. Abgesagte Messen, Events, Tagungen und Seminare treiben die mittelständischen Unternehmen in den Ruin. Hunderte Firmen mit tausenden Arbeitnehmern sind betroffen. Es ist ein dramatischer Hilferuf, den die Expo Event heute an die Politik aussendet. Der Umsatzverlust seit Ende Februar liegt bei rund 260 Millionen Franken. Gibt es keine Finanzhilfen sind bis Ende April 30 Prozent der Jobs gefährdet.

Mit drastischen Worten macht die Expo Event Swiss LiveCom Association erneut auf ihre Lage aufmerksam. Von unheilbaren Wunden ist die Rede. Von der Bestie Covid-19. Vom freien Fall. Kommt die Politik der Live-Kommunikationsbranche nicht zu Hilfe sind hunderte von KMU mit tausenden Arbeitnehmern in Gefahr.

Was das konkret bedeutet, zeigt jetzt eine Umfrage des Verbands unter seinen 160 aktiven Mitgliedern. Danach gibt es bereits die ersten Entlassungen. Doch das ist

erst der Anfang. So rechnen die Umfrageteilnehmer mit einem Stellenabbau bis Ende April von 30 Prozent, wenn die Branche bis dahin keine Finanzhilfen bekommt. Die effektive Sicherung der Liquidität liegt dabei im Schnitt zwischen einem und drei Monaten.

Wie prekär die Lage schon ist, zeigen drei andere Zahlen: Nahezu alle Mitglieder, genauer 96 Prozent, haben schon Kurzarbeit beantragt. Durch die Stornierung von Aufträgen sind den Unternehmen seit dem 28. Februar 2020 rund 260 Millionen Schweizer Franken an Umsatz entgangen. Bis Ende Mai könnte die Summe auf rund 450 Millionen anschwellen.

Ausdrücklich begrüsst der Verband, dass der Bund Mittel von CHF 8 Milliarden für Kurzarbeit sowie CHF 2 Milliarden für Überbrückungskredite in Aussicht gestellt hat. Demgegenüber stünden aber die "Aussagen respektive Forderungen der beiden ETH-Professoren Hans Gersbach und Jan-Egbert Sturm: Ein Schweizfonds über CHF 100 Milliarden soll aufgebaut werden, um die Defizite auszugleichen", heisst es in der Mitteilung.

Deshalb wirbt der Verband erneut für seine Forderungen:

Rasche und unbürokratische Massnahmen

Rückwirkende Anwendung der Kurzarbeiterentschädigung

Aussetzung von Steuern, wie auf Bundes- und Kantonsebene

Sonderregelungen oder Aussetzung von Beitragszahlungen für

Sozialversicherungen

Kurzarbeit unter anderem erweitern auf befristete Verträge und temporäre

Arbeitsverhältnisse, Lehrlinge und Personen, die aufgrund der Schulschliessungen

ihre Kinder zu Hause betreuen

Der Verband macht klar, dass er erneut beim Bund vorstellig werden wird, um konstruktiv an Lösungen zu arbeiten. Das entscheidende Wort in der Medienmitteilung dabei ist: zeitnah